

*Programm zur Wahl des  
Rates der  
Stadt Dinslaken  
am  
16. Oktober 1994*

**Impressum:**

Herausgeber:

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsgeschäftsstelle Wilhelm-Lantermann-Straße 55**

46535 Dinslaken

Tel. (0 20 64) 1 52 48

V.i.S.d.P.:

**Gerhard Menne**

Gestaltung:

**Ralf Benninghoff**

***Inhaltsverzeichnis***

	<i>Seite</i>
<i>Vorbemerkungen</i>	<i>1</i>
<i>Kommunale Politik &amp; Verwaltung</i>	<i>3</i>
<i>Frauen</i>	<i>5</i>
<i>Planen und Umwelt</i>	<i>10</i>
<i>Verkehr</i>	<i>12</i>
<i>Jugend</i>	<i>16</i>
<i>Schule</i>	<i>19</i>
<i>Asyl und Antirassismus</i>	<i>21</i>
<i>Soziales</i>	<i>24</i>
<i>Kultur</i>	<i>28</i>
<i>Sport</i>	<i>31</i>
<i>Anschrift &amp; Infocoupon</i>	<i>34</i>

## *Vorbemerkungen*

Seit 10 Jahren gibt es die GRÜNEN im Rat der Stadt Dinslaken. In diesen vergangenen Jahren haben die GRÜNEN nicht nur im parlamentarischen Raum erfolgreich gearbeitet, sondern auch die enge Zusammenarbeit mit Verbänden, BI's, Umweltverbänden und Flüchtlingsrat gepflegt. Die dabei erhaltenen Anregungen sind in Form von Anträgen und Anfragen an Rat bzw. Verwaltung umgesetzt worden. Diesem Prinzip der „Demokratie von unten“ haben sich die GRÜNEN immer verpflichtet gefühlt und werden auch in Zukunft nicht darauf verzichten.

Die Dinslakener GRÜNEN können auf eine ganz beachtliche Erfolgsbilanz zurückblicken. Beispielsweise war die Einrichtung von Tempo 30-Zonen eine alte grüne Forderung. Wir wollen darauf aufbauend einen umfassenden Ausbau des Umweltverbundes „Schiene, Bus, Fahrrad und Gehen“. Die Schaffung einer Musikschule in Form eines gemeinnützigen Vereins war eine weitere Programmforderung von uns, die voll umgesetzt worden ist. Hier ist darauf zu achten, daß durch finanzielle Austrocknung diese Einrichtung nicht wieder zugrunde geht. Eine immer wieder von den GRÜNEN in die Debatte gebrachte Forderung nach einer Anlaufstelle für sexuell mißbrauchte Kinder ist erst kürzlich vom Rat beschlossen worden. Die konkrete Umsetzung steht zur Zeit aber immer noch aus. Die finanzielle Ausstattung dieser Einrichtung muß langfristig gesichert werden.

Die politische Kultur in unserer Stadt hat Defizite. Es findet keine Diskussion der Vorstellungen statt und man ringt nicht um die beste Lösung. Die Macht der Mehrheit ermöglicht es der SPD, sachliche Aussprachen ohne Modifikation ihrer Beschlußlage zu beenden. Die CDU bringt es nicht fertig, im Einzelfall gemeinsame Front gegen die SPD zu machen. Bei der FDP ist von freiheitlicher Grundauffassung nichts zu sehen - es sei denn, man sieht Ausfälle gegen Asylbewerber als besonders liberal an. Die beiden braunen Ratsvertreter, die immer durch Abwesenheit glänzen, müssen zumindest ein Bankkonto besitzen, denn die Aufwandsentschädigungen finden offensichtlich ihren Bestimmungsort.

Wir sind zur letzten Kommunalwahl mit dem Motto: „Absolute Mehrheiten sind absolut undemokratisch“ angetreten. Aufgrund unserer bisherigen kommunalpolitischen Erfahrungen hat sich dies durchgängig bestätigt. Wer den Wechsel will, muß durch eine entsprechende Wahlentscheidung die Voraussetzung schaffen und die GRÜNEN wählen.

***Die Zeit ist einfach reif!***

## *Kommunale Politik & Verwaltung*

Auf keiner anderen Ebene unserer Gesellschaft ist die direkte Betroffenheit von Bürgerinnen und Bürgern spürbarer, nirgends herrscht ein größeres Maß an politischem, sozialem, kulturellem, bürgerschaftlichem Engagement, kaum woanders wird der Wunsch vieler Menschen, ihre Umwelt aktiv mitzugestalten, nachhaltiger spürbar - und zumeist nachhaltig enttäuscht. Auch im kommunalen Raum hört man nur zuoft: „Die da oben machen ja doch, was sie wollen“. Dabei mißt sich die Qualität der Demokratie auf allen Handlungsebenen - auch auf der der Kommunalpolitik - daran, inwieweit es ihr gelingt, möglichst viele Menschen in ihre Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Hier versuchen wir, ein paar Schritte voran zu gehen: Bürgerinnen und Bürger können jederzeit an unseren Fraktionssitzungen teilnehmen und mitreden, sie können uns immer und zu allen Themen ansprechen mit ihren Fragen und Anliegen und sie können selbst als sachkundige Bürgerin oder als sachkundiger Bürger in Fachausschüssen grüne Politik mitgestalten.

Aber bei der Stadt Dinslaken sind da nachhaltige Veränderungen, vor allem in der Verwaltung, zu fordern. Dies läßt sich mit zwei Begriffen formulieren, die eigentlich zum Einmaleins der Kommunalverwaltung gehören: mehr Effizienz und mehr Bürgernähe.

Das heißt konkret, daß auch in Dinslaken die Standards moderner Verwaltung zügig umgesetzt werden:

- mehr Kundenorientierung, d.h. schnellere, ganzheitliche und sorgfältige Bearbeitung von Bürgeranträgen, besseres Erscheinungsbild der öffentlichen Verwaltung, kundenfreundlichere Öffnungszeiten, mehr Beratung in allen Leistungsbereichen, mehr dezentrale Angebote (Stadtteilorientierung).
- mehr Flexibilität, d.h. die Fähigkeit zur ständigen Anpassung an veränderte rechtliche, soziale, wirtschaftliche etc. Bedingungen und an wachsende fachliche Standards. Dies könnte bedeuten: Aufgabenverlagerung von den Querschnittsämtern zu den Fachämtern, z.B. bei Personaleinstellungen; Budgetierung, d.h. mehr finanzielle Verantwortung und damit mehr Handlungsspielräume der einzelnen Fachressorts (vgl. Schule), Ressortübergreifendes Planen und Handeln, denn die Probleme lassen sich nur schwer ressortieren. Und das heißt folgerichtig - was in einigen Verwaltungsteilen ja schon angedacht wird - Stadtteilorientierung/Gemeinwesenarbeit. B. in der Altenpolitik, in der Jugendhilfeplanung, in der Kulturarbeit.
- mehr Mitarbeiterfreundlichkeit, d.h. mehr Berücksichtigung der Interessen der Mitarbeiter an ihrer Arbeit, mehr Delegation von Entscheidungsbefugnissen, mehr Fortbildung.

Das würde auch ein neues Verständnis für den Rat und seine Ausschüsse bedeuten: statt sich über viele Kleinigkeiten, die die Verwaltung gut allein entscheiden können müßte, end- und folgenlos zu palavern, müßte er seine eigentlichen Aufgaben wahrnehmen, nämlich politische

*Grundsatzentscheidungen und Ziele für Verwaltung und Politik formulieren und ihre Durchführung und Einhaltung im Interesse aller Bürger zu kontrollieren.*

## ***Frauen***

*Auch heute ist der grüne Slogan von 1989 „grüne Frauen machen Politik“ immer noch aktuell.*

*Frauenpolitik bezieht sich allerdings nicht nur auf einen Bereich, sondern auf alle kommunalpolitischen Felder, wie Wohnungs-, Sozial-, Kultur-, Planungs- und Kinder/Jugendpolitik. Eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf - dazu gehören ordentliche Kinderbetreuung, familienfreundliche Arbeitszeiten, guter Ausbau des ÖPNV - muß gewährleistet sein.*

*Nur so kann die Möglichkeit geschaffen werden, die Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft aufzuheben.*

*Zu den einzelnen Politikfeldern kann folgendes gesagt werden:*

### **I. Frauen und Kinder**

*Frauen übernehmen den größten Teil gesellschaftlicher Arbeit; hierzu gehören Kinderbetreuung, Hausarbeit und Altenpflege. Wollen sie arbeiten, fehlt es meist an der mangelnden Infrastruktur. Insbesondere alleinerziehende*

*Mütter und ältere Frauen haben Probleme, einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden.*

*Die Forderungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für diesen Bereich sind:*

- *Einrichtung von genügend Tagesplätzen für Kinder jeden Alters*
- *ausreichendes Platzangebot für die Altersgruppe unter 3 Jahren*
- *kinder- und elternfreundliche Öffnungszeiten von Kindergärten und Horten*
- *genügend Hortplätze für Kinder mit Hausaufgabenbetreuung*
- *Förderung von Mädchen- und Frauenprojekten*

### **II. Frauen und Beruf**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern hier:*

- *Vereinbarkeit von Familie und Beruf*
- *Schaffung von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen*
- *soziale Absicherung der 560 DM-Arbeitsverhältnisse*
- *Quotierung von Ausbildungsplätzen für Mädchen*
- *Einhaltung des Frauenfördergesetzes (Quotierung insbesondere im Bereich des gehobenen und höheren Dienstes)*
- *Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz*

### III. Gewalt gegen Frauen und Mädchen

300.000 Kinder - vorwiegend Mädchen - werden nach offizieller Schätzung pro Jahr in Deutschland sexuell mißbraucht. Hinzu kommen die vielen Fälle von Vergewaltigungen und Gewalt in der Ehe.

Aus diesem Grunde ist es wichtig, daß Frauen und Mädchen ausreichend Hilfe geboten wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher:

- in Zusammenarbeit mit Schulen müssen - z.B. in Arbeitsgemeinschaften - Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskurse für Mädchen angeboten werden.
- die Einrichtung eines Mädchenhauses, da gerade die Gewalt gegen Mädchen immer stärker zu nimmt
- großzügige Unterstützung des bestehenden Frauenhauses und autonomer Frauengruppen
- sofortige Einrichtung einer Anlauf- und Beratungsstelle für sexuell mißbrauchte Kinder
- Sexueller Mißbrauch darf kein Tabuthema mehr sein. Durch Öffentlichkeitsarbeit und Schulungen von pädagogischem Personal kann hier vorbeugende Aufklärung betrieben werden.

### IV. Frauen in Stadtplanung und Verkehr

Frauen sind aktive Teilnehmerinnen des Verkehrsgeschehens. Sie sind Begleiterinnen für ihre Kinder, besorgen die Einkäufe, fahren zur Arbeit oder besuchen Veranstaltungen. Sie benutzen überdurchschnittlich häufig öffentliche

Verkehrsmittel, da das Familienauto nicht selten den Männern zur Verfügung steht bzw. Frauen oft auch kein eigenes Auto besitzen. Verkehrs- und Stadtplanungspolitik wird allerdings meist von Männern gemacht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- die gesamte Innenstadt muß fußgängerinnenfreundlich ausgebaut werden
- Nacht- oder Sammeltaxen müssen eingerichtet werden
- Absenkung der Bordsteinkanten, um z.B. mit dem Kinderwagen, dem Rollstuhl oder dem Fahrrad sicher die Wege benutzen zu können
- Ausbau der Fahrradwege
- bei der Stadtplanung soll eine frauen- und familiengerechte Infrastruktur verstärkt berücksichtigt werden (z.B. fußläufige Erreichbarkeit von Kindergärten und Arztpraxen)
- in der Stadtplanung muß die Sicherheit von Frauen gewährleistet werden, z.B. durch ausreichende Beleuchtung auf allen Straßen und Wegen
- die Sicherheit in Tiefgaragen muß erhöht werden, z.B. Überwachung durch Videokameras oder Parkwächter, insbesondere auch Beleuchtung an den Aufgängen
- Frauenwohnprojekte müssen gefördert und unterstützt werden, z.B. Wohngemeinschaften.
- getrennte Unterkünfte für obdachlose Frauen müssen zur Verfügung gestellt werden

Bauen für Frauen erhöht die Lebensqualität für alle!

## V. Frauengleichstellungsstelle

Die Einrichtung einer Frauengleichstellungsstelle war ein wichtiger Schritt, und es ging hierbei um eine alte grüne Forderung. Um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, fehlt es der Gleichstellungsstelle in der jetzigen Form jedoch an Kompetenzen und an Personal.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher:

- die Leiterin der Gleichstellungsstelle soll in allen Sitzungen des Rates und der Ausschüsse mit beratender Stimme teilnehmen können
- sie soll Frauen betreffende Punkte auf die Tagesordnung setzen können
- sie soll das Akteneinsichtsrecht und Mitsprache recht bei frauenspezifischen Themen erhalten
- die Gleichstellungsstelle soll selbständige Öffentlichkeitsarbeit machen können und muß dafür einen ausreichenden Etat erhalten
- bei Personaleinstellungen soll die Leiterin der Gleichstellungsstelle ein Vetorecht erhalten
- das Amt der Gleichstellungsbeauftragten muß ausgeweitet werden durch Umstrukturierung der Gleichstellungsstelle in ein Amt für Frauenfragen mit autonomem Status innerhalb der Verwaltung

Die Gleichberechtigung von Frauen in unserer Gesellschaft ist noch lange nicht erreicht. Leider entschließen sich immer noch zu wenig Frauen dazu, in der Politik ihre Forderungen durchzusetzen. Durch das Frauenstatut sind Frauen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gleichberechtigt, d.h. alle Ämter und Listenplätze werden paritätisch besetzt.

Frauenpolitik und der Kampf um die Durchsetzung aller entsprechenden Forderungen wird auch auf Dauer eine der Säulen bündnisgrüner Politik auf allen Ebenen bleiben!

*Andere machen Politik mit Frauen –  
Bei uns machen Frauen Politik*

## *Planen und Umwelt*

Planen, im herkömmlichen Sinn, war bisher immer Bauen und damit Naturzerstörung und Flächenversiegelung.

Im grünen Selbstverständnis ist der Mensch ein Teil seiner Umwelt. Deshalb sind seine Grundbedürfnisse wie Atmen, Essen und Trinken nicht gegen die Natur gerichtet. Autofahren und Chlorchemie sind dies aber wohl. Die Auswirkungen solcher „menschlicher“ Aktivitäten wirken für jeden erlebbar, genau in die falsche Richtung. Die Luft, die Nahrung und das Wasser haben längst nicht mehr die Lebensmittelqualität, die für ein Überleben notwendig ist.

Ziel grüner Politik ist es, jede planerische Entscheidung auf ihre Umweltverträglichkeit hin abzuklopfen. Konkurrierende Bedürfnisse wie Wohnraumbeschaffung und Freiflächenerhalt lassen sich nicht vermeiden, aber durchaus ab-

wägen. Der beste Naturschutz ist in vielen Fällen: etwas nicht zu tun und umweltschädigende Dinge zu lassen.

Konkret auf die Dinslakener Verhältnisse bezogen treten BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN ein für:

- Abwehr von sämtlichen Angriffen auf die Ökologie des Rotbachs
- Rückbau von Versiegelungen im Straßenbereich in reinen Wohngebieten; ein Straßenbelag muß nicht unbedingt wasserundurchlässig sein
- vorbildhafte Gestaltung von öffentlichen Bauten mit Wand- und Dachbegrünungen, Energienutzung sowie Regen Wassernutzung
- finanzielle, theoretische und praktische Unterstützung von privaten Bauwilligen bei dem Wunsch, ebenso zu bauen
- Ausgestaltung des öffentlichen Nahverkehrs zu einer flexiblen flächendeckenden Verkehrsform
- Verhinderung der Betuweline in der geplanten Form, die die Anwohner zu stark belasten und den Personenverkehr einschränken würde
- verstärkter Anschließungsgrad an die Fernwärme, sowohl von Nutzern, als auch von Abwärmelieferanten
- Stromübernahme durch die Stadtwerke mit der Verpflichtung zu einer ökologischen Tarifstruktur und zur Verringerung der Stromverkäufe
- Ausnutzung der gesetzlichen Spielräume für kommunale Steuern zur Steuerung in eine umweltgerechte Richtung (z.B. Einwegabgaben)

Unterstützung der Umweltverbände bei ihrer Projektarbeit, und zwar nicht ausschließlich finanziell, sondern auch durch unbürokratische Hilfe z.B. mit Räumen, Projektoren usw.

Entwicklung von Müllvermeidungsstrategien und Schaffung von Umweltbewußtsein beim Bürger durch intensive Öffentlichkeitsarbeit

## **Verkehr**

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN setzen sich seit ihrem Bestehen für eine ökologische Verkehrspolitik ein. Wir halten eine Förderung des Umweltverbundes, sprich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), des Fahrrads und des fußläufigen Verkehrs, für unbedingt erforderlich. Eine lebendige Stadt darf nicht durch Pkw-Verkehr erstickt werden.

Sämtliche Untersuchungen nach Einführung von Tempo 30 haben gezeigt, daß die Anzahl und Schwere der Unfälle zurück ging. Wir betrachten Tempo 30 aber nur als allerersten Schritt, weitere müssen folgen:

- sämtliche 40 km/h Straßen müssen in die Tempo 30-Zonierung aufgenommen werden; damit wird eine eindeutige Regelung erreicht

- sämtliche Stellplätze müssen bewirtschaftet werden
- ein kontinuierlicher Abbau von Stellplätzen im Innenstadtbereich, zugunsten von Busspuren, Rad- und Fußwegen
- Sperrung der Bahnstraße, sowie des verkehrsberuhigten Bereichs der Altstadt für den motorisierten Individualverkehr; Erweiterung der Fußgängerzone in der Innenstadt, sowie die Anlage von neuen Fußgängerzonen in den Stadtteilen, wie z.B. der Sterkrader Straße in Hiesfeld
- Sperrung der Straßen für den motorisierten Individualverkehr um den Johannesplatz in Lohberg und den Jahnplatz in Hiesfeld, während der Marktzeiten

Ein Großteil der Dinslakener Bevölkerung ist darauf angewiesen zum Arbeitsplatz zu pendeln. Nach Duisburg, Essen, Wesel oder Düsseldorf. Gerade diese Verkehrsströme müssen mit der Bahn bewältigt werden.

Für den Schienenverkehr fordern bzw. unterstützen wir:

- daß der Dinslakener Bahnhof zu einem Dienstleistungszentrum für den ÖPNV umgebaut wird; Fahrkarten für Bus und Bahn, individuelle Beratung, Fahrstreckeninformationen und Leihfahräder müssen am Bahnhof von frühmorgens bis spätabends erhältlich sein
- daß die Deutsche Bahn AG mit einem dichteren Takt das Nahverkehrsangebot noch attraktiver gestaltet

- daß die Deutsche Bahn AG zu den Stoßzeiten mehr Waggons (bzw. Doppelstockwaggons) einsetzt
- daß die Deutsche Bahn AG ihren Fuhrpark modernisiert
- daß eine Regionalschnellbahn (RSB) Dinslaken mit Emmerich, Duisburg und Düsseldorf verbindet
- die Stadt Dinslaken hat sich aktiv in die Entscheidungsprozesse zur Bahnreform auf Kreis- bzw. Landesebene einzubringen

Die Betuweline wird von uns grundsätzlich abgelehnt. Es handelt sich dabei um keine Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene, sondern um eine ökologisch schlechte Verteilung des Verkehrswachstums.

Eine optimale Erweiterung des Schienenverkehrs stellt das Busnetz dar. Das bereits relativ gute NIAG-Netz muß weiter optimiert werden.

Folgende Maßnahmen sind dafür erforderlich:

- die Verknüpfung von Bus und Bahn ist für einen erfolgreichen öffentlichen Personennahverkehr Grundvoraussetzung; das NIAG-Busnetz muß deshalb an den Fahrplan der Deutschen Bahn AG angepaßt werden
- die Streckenführung und Takte einzelner Linien sind zu überarbeiten
- Fahrpläne müssen übersichtlich und leicht zu lesen sein

- das Tarifsystem muß vereinfacht werden, d.h. ein gemeinsames Ticket für Bus, Zug und Straßenbahn
- die Einrichtung von separaten Busspuren, sowie einer grünen Welle für Linienbusse zur Beschleunigung

Das Radwegenetz in Dinslaken ist vom Umfang her beachtlich, der Zustand allerdings auch. Die Qualität ist der Quantität deutlich unterlegen, deshalb fordern bzw. unterstützen wir folgende Maßnahmen:

- den Bau von eigenständigen Fahrradtrassen; als wichtige Trasse unterstützen wir deshalb den Bau einer Trasse längs des Rotbachs zwischen Hiesfeld und der Dinslakener Innenstadt
- Rad- und Gehwege sind (sofern sie an einer Verkehrsstraße liegen) auf einer Ebene durchzuführen, unabhängig davon ob sie von einer Straße oder Einfahrt gekreuzt werden
- Bordsteinabsenkungen haben ebenerdig ausgeführt zu werden
- sichere und bürgerfreundliche Fahrradständer an Bushaltestellen, öffentlichen Einrichtungen, Geschäften etc. etc.
- vor öffentlichen Einrichtungen mit hohem Publikumsverkehr, sowie am Bahnhof, sind witterungsunabhängige Fahrradboxen aufzustellen
- Radwege haben eine Mindestbreite zu erhalten; 80 cm sind deutlich zu wenig
- In verkehrsarmen Straßen ist die Anlage von Radwegen nicht sinnvoll.

Wie wir in Zukunft mit der Problematik Verkehr umgehen, wird wesentlich darüber entscheiden, wie die nachfolgenden Generationen zu leben haben. Gerade dieser Bereich macht die Devise deutlich: global denken - lokal handeln.

***Ohne Auto mobil!***

## ***Jugend***

Die Jugend ist unsere Zukunft, und in sie müssen wir investieren!

Es muß uns als Erwachsenen ein großes Anliegen sein, daß unsere Kinder später eine Chance bekommen, als gesunde und selbstbewußte Menschen das Leben zu genießen. Diese Perspektive haben sie natürlich nicht, wenn wir ihre Umwelt unbewohnbar machen und ihnen eine von Kriegen und Ungerechtigkeiten zerspaltene Menschheit hinterlassen. Kinder sind von Geburt an soziale Wesen. Sie kennen zunächst einmal keine Unterschiede in Hautfarbe und Weltanschauung. Das Lächeln ist ihnen genauso angeboren wie das Aufeinanderzugehen und das Kommunizieren. Es muß deshalb Ziel einer kinder- und jugendorientierten Politik sein, Kinder streßarm aufwachsen zu lassen, die Kreativität zu wecken und zu fördern, sie zu verant-

wortungsbewußten Menschen zu erziehen und ihnen mit einem umfassenden Bildungsangebot eine sinnerfüllte Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, daß folgende Punkte durchgesetzt werden:

- ausreichende Kindergarten- und Hortplätze einrichten (Versorgung zügig zur 100 %-Marke); Kinder brauchen Kinder, und zwar in einer weltofenen und anregenden Atmosphäre
- Spielplätze durch aktive Teilnahme der Kinder und Eltern an der Planung kindgerechter gestalten
- regelmäßige orthopädische Untersuchungen ab dem Kindergartenalter ähnlich wie bei der zahnärztlichen Vorsorge
- Umsetzung der Vorschläge aus den 3 Stadtteilkonferenzen; diese erstmalige Beteiligungsmöglichkeit von Kindern und Jugendlichen muß zu einer dauerhaften Institution ausgebaut werden
- für die Jugend läuft in Dinslaken noch viel zu wenig; jugendliche Bands suchen händeringend nach Übungsräumen und Auftrittsmöglichkeiten
- es darf keine Einschränkungen bei den Maßnahmen in der Musikförderung geben
- Einrichtung einer Anlauf- und Beratungsstelle für sexuell mißbrauchte Kinder. Die Ratsmitglieder haben zweckgebunden auf einen Teil ihrer Aufwandsentschädigungen verzichtet, damit diese Stelle eingerichtet werden kann. Aber derzeit scheint das Geld wieder in den allgemeinen Haushaltstopf geflossen zu sein.

- weitere Maßnahmen zur Schulwegsicherung (Radwege, Mittelinseln, Zebrastreifen, Bedarfsampeln, wo nötig); Schulkinder sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer und haben leider keine Knautschzone und keinen Aufprallschutz
- Unterstützung der Jugendheime trotz knapper werdender Haushaltskasse
- keine Kürzungen im Ferienprogramm

Auf jeden Fall müssen wir dafür sorgen, daß unsere Stadt auch für künftige Generationen noch lebenswert und liebenswert bleibt.

Kinder- und Jugendpolitik findet in allen Politikbereichen ihren Niederschlag. Denn alles was im Verkehrs- und Bildungsbereich, in der Wohnungsbaupolitik, im Planungs- und Umweltsektor passiert, betrifft nicht nur uns, sondern auch die jüngeren Menschen.

***Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt***

## *Schule*

Die Bedeutung der Schule als Lernort und Lebensraum unserer Kinder kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Schule muß Chancengleichheit fördern und jedem Schüler helfen, seine individuellen Möglichkeiten zu erfahren und eigene Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Wer jetzt und hier nicht investiert, darf sich später nicht wundern, denn die Kinder von heute sind die Erwachsenen von morgen.

Die Einwände, Schulstrukturen seien im wesentlichen durch Maßnahmen des Landes vorgegeben und außerdem seien die Haushaltskassen leer, rechtfertigen nicht schwerpunktlose Streichungen, konzeptionslose Minimalprogramme und hilfloses sich-Klammern an sogenannte Sachzwänge.

Im Gegenteil, jetzt müssen neue Möglichkeiten unvoreingenommen geprüft, Perspektiven entwickelt, Akzente gesetzt werden. Dazu braucht man Interesse, Phantasie, Kreativität und etwas guten Willen.

Was wir für besonders wichtig halten:

1. Schule, nicht nur als Paukanstalt, sondern als Lebensraum für die Schüler gedacht, muß einladend sein. Zu fördern ist die Öffnung von Schulen nach außen.

Wir fordern:

- Umgestaltung der Schulhöfe zu „Spielräumen“
  - Anlegen von Schulgärten und naturnahen Außenanlagen
  - gemeinsame Gestaltung der Schulräume durch Schüler, Eltern und Lehrer
  - stärkere Einbeziehung von schulexternen Fachleuten in die Unterrichtsarbeit
  - pädagogische und sozialpädagogische Ganztagsbetreuung, schon ab dem Grundschulbereich
2. Soll Schule zukunftsorientiert sein, so muß sie Eigeninitiative und demokratische Tendenzen fördern.

Also:

- Schule muß Lernort für alle sein, Randgruppen sollen möglichst in die Regelschule integriert werden. Die Voraussetzungen dafür sind zu schaffen.
  - die sogenannte Budgetierung, d.h. die selbständige Bewirtschaftung eines Teils der Finanzmittel durch die Schule ermöglicht Spielraum und eigene Entscheidung; das noch neue Modell soll bei Bewährung erweitert werden
3. Es ist letztlich lebenswichtig, den überkommenen Wissenshorizont zu erweitern. Schule muß zukünftig Wissen über eine gesunde Lebensführung im weitesten Sinne vermitteln, d.h. über ökologische Zusammenhänge in der Natur ebenso wie über Gesundheit und Ernährung des Menschen. Initiativen in dieser Richtung müssen in jeder Hinsicht unterstützt und ermutigt werden.

Daraus folgt:

- Schüler müssen in der Schule praktisch erleben, was es heißt, umweltbewußt zu handeln, d.h. verantwortungsvoll mit der Umwelt umzugehen; dazu müssen Müllvermeidung, Müllsortierung, Energiesparen... erlebt, praktiziert werden
  - dieses lebenswichtige Thema muß unterrichtlich einen größtmöglichen Raum einnehmen
  - die Bestückung der Imbißbuden in den Schulen muß ernst genommen und sorgfältig geplant werden
  - es muß fundiertes Wissen über Gesundheit und Ernährung vermittelt werden, z.B. in Arbeitsgemeinschaften.
4. Ohne ausreichende Finanzmittel kann auch Schule nicht gestalten und kreativ tätig sein. Sie wird verwaltet und leblos.  
Daher lehnen wir Kürzungen der finanziellen Mittel für die Schulen ab - egal ob sie mit legalen oder illegalen Tricks bewirkt werden.

## *Asyl - Antirassismus*

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sind die Partei der Bürgerrechte und der Gleichberechtigung von sozialen, ethnischen und kulturellen Minderheiten. Wir wollen durch ein

Flüchtlingsgesetz auf Bundesebene erreichen, daß Flüchtlinge wieder Asyl in Deutschland und Europa finden.

Wir fordern folgende Maßnahmen:

- auch wenn im Bereich Asyl fast alles durch Bundes- und Landesgesetze geregelt wird, muß die Stadt Dinslaken diese Gesetze maximal ausnutzen um Menschen human unterzubringen und zu versorgen
- um die Situation der Flüchtlinge zu verbessern ist ein ständiger runder Tisch mit allen beteiligten städtischen Ämtern, sowie dem Flüchtlingsrat, Initiativen, Verbänden und Flüchtlingsvertretern zu bilden
- das Lager an der Flieburg ist aufzulösen. Eine menschenwürdige Unterbringung kann niemals in einem Lager erfolgen
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern seit langem auf Bundes- und Landesebene das aktive und passive Wahlrecht für Ausländerinnen. Dies ist ein wichtiger Schritt zur politischen, sozialen und rechtlichen Gleichstellung. Solange es kein Wahlrecht für Ausländerinnen gibt, fordern wir einen Ausländerbeirat für Dinslaken. Er muß mit weitestgehenden Rechten gegenüber den kommunalen Institutionen ausgestattet sein, d.h. Antrags-, Rede- und Informationsrecht.
- viele Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung müssen nicht mehr von Beamten besetzt werden. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist also nicht mehr Voraussetzung. Deshalb fordern wir, daß verstärkt

Ausländerinnen in gehobene Positionen eingestellt werden.

- wir fordern eine/n Beauftragte/n für multikulturelle Angelegenheiten. Diese Stelle soll die Gleichstellung der Einwanderinnen in allen Bereichen vorantreiben. Die Stelle muß gleichzeitig Interessenvertretung und Anwaltsfunktion erfüllen, Beschwerden über Diskriminierung in allen Bereichen nachgehen und Initiativen gegen Rassismus beraten.
- die Veröffentlichungen der Stadtverwaltung haben neben der deutschen auch in türkischer Sprache zu erfolgen
- Jugendzentren, Kindergärten, Schulen und Vereine sind bei multikulturellen Projekten oder Aktionen von Seiten der Stadt optimal zu unterstützen

Wir werden die notwendigen Schritte unternehmen, Eingewanderten, die seit Jahrzehnten ihre finanziellen Pflichten zum Wohle dieses Gemeinwesens leisten, endlich ihre politische Rechte zu garantieren und sie vor rassistischen Attacken zu schützen.

Wir verstehen das Leben unterschiedlicher Kulturen als Bereicherung und akzeptieren die Realität unserer bunten Republik.

***Jede Stimme für BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN  
ist eine Stimme gegen Rechts***

## ***Soziales***

Entsprechend dem im Grundgesetz festgelegten Sozialstaatspostulat soll der Staat dazu beitragen, die dort verankerten sozialen Grundrechte für jeden Bürger zu verwirklichen und vor allem sozial Benachteiligten in die Lage zu versetzen, ihre sozialen Rechte wahrnehmen zu können. Da die dafür erforderliche Bereitstellung von sozialen Diensten und Einrichtungen primär auf kommunaler Ebene erfolgt, kommt der kommunalen Sozialpolitik eine besondere Bedeutung zu, die sie in der kommunalen Praxis - auch in Dinslaken - selten hat.

Die unübersichtliche Verflechtung der Sozialpolitik (Aufgabenteilung zwischen Kreis, Kommune und Freier Wohlfahrtspflege) führt dazu, daß das Thema „Sozialpolitik“ im kommunalen Raum oft verdrängt wird.

Die wichtigsten Aufgaben der Sozialpolitik in einer kreisangehörigen Mittelstadt wie Dinslaken sehen wir

- in einer Verfachlichung der Sozialpolitik: mehr Beratung statt Verwaltung; kontinuierliche Beobachtung der sozialen Entwicklung Stadtteilorientierung/Gemeinwesenarbeit; Transparenz der Leistungen und Angebote und ihrer Verflechtung
- in einer Stärkung der Selbsthilfegruppen im Sozial- und Gesundheitsbereich
- in einer kontinuierlichen, handlungsbezogenen Sozialberichterstattung (z.B. Erstellung eines

kommunalen Gesundheitsberichtes, Erstellung eines kommunalen Armutsberichtes).

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird in der nächsten Legislaturperiode im Bereich „Soziales“ den Schwerpunkt auf die Themen „Selbsthilfe“ und „Altenpolitik“ legen.

Selbsthilfegruppen erfüllen eine wichtige sozialpolitische Funktion: sie schaffen in der Lebenswelt der betroffenen Menschen neue soziale Unterstützungssysteme und Beteiligungsformen. Sie ermöglichen den Gruppenteilnehmern ein erhöhtes Maß an Selbstbestimmung und Problemlösungskompetenz. Sie fördern die Gesundheit und befähigen zum solidarischen Einsatz für die Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Versorgungsbedingungen in der Gemeinde.

Deshalb gehört Selbsthilfeförderung zu den zentralen sozialpolitischen Aufgaben einer Gemeinde. Allerdings setzt das ein Umdenken in der Verwaltung voraus: eine angemessene und erfolgversprechende Selbsthilfeförderung braucht eine Orientierung am Blickwinkel aktiver Bürger, nicht an der Perspektive einer verwaltenden Behörde. Sie kann nicht von „oben“ geplant werden, sondern muß von den Bedürfnissen und Handlungsformen der Selbsthilfegruppen ausgehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine verstärkte Förderung von Selbsthilfegruppen und -initiativen in Dinslaken

- durch die Bereitstellung von Infrastruktur und fachlicher Beratung. Es ist darüber hinaus eine Aufgabe der Gemeinde, Formen der Verknüpfung

des Übergangs zwischen dem Selbsthilfebereich und dem Bereich der professionellen Versorgung zu schaffen, etwa nach dem Beispiel der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften.

- durch direkte Förderung einzelner Selbsthilfegruppen und -projekte durch die Einrichtung eines speziellen Haushaltstitels (Selbsthilfefond). Dabei ist die Beteiligung anderer Leistungsträger (Krankenkassen, Rentenversicherungen, Arbeitsamt...) anzustreben.

Leitwerte grüner Altenpolitik sind Selbstbestimmung und Selbständigkeit im Alter und das solidarische und gemeinschaftliche Zusammenleben der Generationen. Gerade angesichts der Tatsache, daß der Anteil älterer Menschen auch in Dinslaken wächst, darf sich Altenpolitik nicht an den Defiziten der Menschen im Alter orientieren, sondern muß ihre Selbsthilfekräfte stärken.

Deshalb fordern wir

- generationsübergreifende Begegnungs- und Wohnmöglichkeiten
- Stärkung der Rechte und Kompetenzen des Seniorenbeirats; er soll Rede- und Antragsrecht im Rat und seinen Ausschüssen erhalten; die Verwaltung soll ihm gegenüber eine Informationspflicht haben
- Beteiligung der älteren Menschen an den weiterzuführenden Stadtteilkonferenzen
- eine zügige, kompetente Altenplanung  
Sie soll nicht defizitorientierte Altenhilfeplanung sein, die sich auf die traditionellen Angebote der Altenhilfe beschränkt, sondern sie muß auch die

Ressourcen alter Menschen und ihrer Umwelt berücksichtigen und auch Verkehrs-, Infrastruktur- und Kulturplanung sein.

Die Beteiligung der alten Menschen nur durch den Seniorenbeirat ist völlig unzureichend. Wenn man bedürfnisorientiert planen will, kann man die Bedürfnisse der Menschen nicht von den Wohlfahrtsverbänden erfahren, sondern nur von ihnen selbst. Sie müssen befragt werden und prozeßorientiert beteiligt werden, wie es ansatzweise in der Jugendhilfeplanung mit den Stadtteilkonferenzen geschehen ist.

Alte Menschen sind mehr als alle anderen Bevölkerungsgruppen (mit Ausnahme vielleicht der Kinder) auf das unmittelbare Wohnumfeld, dem Stadtteil angewiesen, deswegen muß Altenplanung sowohl bei der Bedarfs- und Bestandsermittlung als auch bei der Maßnahmenplanung Stadtteil- bzw. gemeinwesenorientiert vorgehen.

### ***Wahre Demokratie zeigt sich an der Behandlung der schwächsten***

## ***Kultur***

In einer Zeit, in der das Leben der Menschen geprägt ist von Umbrüchen der Gesellschaft - Zerstörung von Arbeitsplätzen, multikulturelle Gesellschaft, ökologische Bedrohungen, kulturelle Verarmung durch elektronische Medien - ist Kultur mehr denn je „Überlebensmittel“.

Kulturelle Tätigkeit und die Aneignung von Kunst schaffen die Möglichkeiten des Dialogs zwischen Menschen und Menschengruppen und bieten die Chance zur Erlangung von Identität, Selbstbewußtsein und produktiver Selbsttätigkeit. Kunst und Kultur halten die Ideen vom guten Leben wach. Sicher verändern Kunst und Kultur nicht unmittelbar die Welt, aber sie verändern durchaus das Bewußtsein und die Handlungsmöglichkeiten der Menschen.

In der Gemeinde muß Kultur Traditionen kritisch bewahren, das Gespräch zwischen Ausländern und Deutschen, zwischen Alten und Jungen, zwischen Männern und Frauen fördern, lokale Identität ermöglichen und schließlich auch dem Profil der Stadt dienen.

Kultur muß eine für alle sein, d.h. auch für die aufgrund ihrer Lebenslage (fehlende materielle Ressourcen, Bildung, Mobilität) „kulturfernen“ Menschen. Es geht darum, ein lebendiges und anregungsreiches kulturelles Klima für möglichst viele Menschen in Dinslaken zu schaffen. Das ist ein anspruchsvolles Ziel, das grundlegende, aber schon lange überfällige, von den GRÜNEN immer wieder ange-

mahnte Veränderungen in der Dinslakener Kulturpolitik erforderlich macht.

So müßten folgende Voraussetzungen geschaffen werden:

- Umwandlung des Kulturverwaltungsamtes in ein Kulturbüro, das mehr ist als eine Veranstaltungsgesellschaft und Gießkanne für knappe Fördermittel, das vielmehr fördert, anregt, berät und unterstützt
- Auch eine Mittelstadt wie Dinslaken hat Stadtteile mit einer eigenen Geschichte, mit eigenem spezifischen Charakter und vor allem mit einer eigenen Identität, einem Wir-Bewußtsein der Bewohner. Darauf muß Politik aller Ressorts, besonders aber Kulturpolitik gerichtet sein. Die Stärkung des Stadtteilbezugs und der Stadtteilbindung der Bewohner muß eine zentrale Aufgabe kommunaler Kulturpolitik sein.
- Gerade deswegen verurteilen wir die Schließung der Stadtteilbibliothek in Hiesfeld und die Kürzung der Zuschüsse für die Martinzüge und fordern eine Rücknahme dieser Beschlüsse.
- Es müssen - trotz knapper Kassen - mehr Mittel für die Kultur bereitgestellt werden; sie muß ein stärkeres Gewicht im städtischen Haushalt bekommen. Entsprechend den Forderungen von Kulturdezernenten und Kulturpolitikern aller Parteien in der Region fordern wir mindestens 5% des Haushalts für die Kultur.
- Ein kommunales Kulturkonzept für Dinslaken muß her, in dem die Ziele und Schwerpunkte kommunaler Kulturpolitik verbindlich und überprüfbar formuliert werden, d.h. Überprüfung und Neuformulierung des Kulturentwicklungsplanes, der in den Schranken der Verwaltung verstaubt.

- Notwendig ist auch eine Veränderung der politischen Kultur in Dinslaken, z.B. mehr Öffentlichkeit, faire und kontroverse Diskussionen statt Gemaschel und Postengerangel.

Konkrete Forderungen sind:

- Erhaltung und Ausbau dezentraler Angebote: Stadtteilbibliotheken, Stadtteilstadt, Martinszüge...
- Erhaltung der Musikschule und Ausbau zur Jugendkunstschule, d.h. mindestens keine weitere Kürzungen für die Musikschule
- zügige - vor allem auch konzeptionelle - Entwicklung des Stadthistorischen Zentrums unabhängig von einem Neubau. Runter damit von der langen Bank! Es ist skandalös, daß die einzige öffentliche Darstellung Dinslakener Geschichte in einer Vitrine im Rathaus stattfindet.
- Erhaltung des Landestheaters Burghofbühne und Unterstützung der Pläne für den Ausbau des Tenterhofs zu einem Kulturzentrum mit vielfältigen Angeboten
- Institutionalisierung und Förderung der Kooperation zwischen Kulturtreibenden jeglicher Trägerschaft („Public-Private-Partnership“). Schluß mit der kleinkarierten Angst von der kulturellen Zusammenarbeit mit privaten Initiativen und Anbietern. Mit dieser Haltung werden phantasievolle

Aktivitäten verhindert. Beispiele: die Blockierungen der Stadtwelt-Initiativen und die Weigerung, Konzerte Dinslakener Musiker zu unterstützen, wenn sie in Musikkneipen stattfinden.

***Für die Kultur in Dinslaken gilt:  
Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.***

## ***Sport***

Daß Sport der Volksgesundheit dient, ist nach Auffassung der GRÜNEN in Dinslaken sehr differenziert zu sehen. Es ist nicht einzusehen, daß Drachenfliegen, Golfen oder Motorrennen besonders gesund ist. Genau die genannten Beispiele bringen außerdem Beeinträchtigungen der Umwelt mit sich, die für die Allgemeinheit nur negative Folgen haben. Der Schulsport und der Breitensport wird auch zur Zeit aus verschiedenen Töpfen großzügig gefördert. Der Wettkampfsport ist nach unserer Meinung eine Privatangelegenheit der ehrgeizigen Medaillenanwärterinnen. Eine Kommune muß also nicht unbedingt wichtige andere Vorhaben zurückstellen, nur um einer Einzelperson eine wettkampfgerechte Tartan-Bahn zur Verfügung zu stellen.

Die zukünftige Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird sich für die nachfolgenden Punkte einsetzen:

- in den Freibädern sollen zusätzliche Bäume und Hecken angepflanzt werden zum Schattenspenden und als Beitrag zur ökologisierung von Sportstätten
- geeignetes Personal soll Anregungen und Anleitungen für Gymnastikübungen etc. geben
- das Freibad in Hiesfeld soll erhalten und verbessert werden; der Freizeitbereich soll stärker betont werden: Badmintonfelder, Tischtennis, Boccia-bahn, Beach-Volleyball, Fußballtore, etc.
- im Averbuch soll zügig für die Schule und für die Vereine eine Sporthalle errichtet werden; der geplante „Bolzplatz“ an der Südstraße ist abzulehnen.
- für Bürger unserer Stadt, die sich keinem Verein anschließen wollen, sollen Sportplätze, Tennisplätze usw. geöffnet werden, um auch diesen Menschen die Ausübung von Sport zu ermöglichen
- bei Sportveranstaltungen soll kein Alkohol ausgeschenkt werden, dafür vermehrt Milchprodukte angeboten werden
- „Spielwiesen“ (Spielplatz der Kategorie C) für größere Kinder und Jugendliche sind im Prinzip flächendeckend im Stadtgebiet geplant. Aus Finanzierungsgründen läßt die Errichtung aber immer lange auf sich warten. Die beplanten Flächen sollen vorab zumindest von Schutt geräumt werden und freigegeben werden.

das Schulsonderturnen zur Behebung von Hal-  
tungs- und Bewegungsschäden soll von der Stadt  
gefördert werden

Vereine, Initiativen und / oder die Stadt sollen  
Räume, beispielsweise in Schulen, nutzen und hier  
Tanz, Spiel und andere Freizeitmöglichkeiten, be-  
sonders im Winter, anbieten Vereine sollen ihre  
Angebote um Wandermöglichkeiten erweitern  
nicht jedes Gewässer soll beangelt werden im  
öffentlichen Arbeitsbereich sollen Spielpausen und  
Bewegungsmöglichkeiten geschaffen werden der  
Behinderten- und Seniorensport soll verstärkt  
gefördert werden

### ***Politik braucht Bewegung!***

## ***Anschrift & Infocoupon***

So erreichen Sie uns:

Fraktionsgeschäftsstelle  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Wilhelm-Lantermann-Straße 55  
46535 Dinslaken  
Tel. (0 20 64) 1 52 48

Falls Sie an einer Mitgliederversammlung teilnehmen  
möchten, erfahren Sie dort den nächsten Termin. Unsere  
Fraktionssitzungen sind öffentlich und finden jeden Freitag  
von 16<sup>30</sup> -19<sup>00</sup> Uhr statt. Wir haben Bürgersprechstunden  
jeden Montag und Mittwoch von 9<sup>00</sup> -11<sup>30</sup> Uhr.

Wenn Sie mehr über die Politik von BÜNDNIS 90 / DIE  
GRÜNEN in Dinslaken erfahren möchten, fordern Sie ein-  
fach mit diesem Coupon weitere Informationen an.

- Ich möchte Informationen über die Grünen in Dinslaken
- Ich möchte das Bundestagswahlprogramm
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich möchte weitere Informationen zum Thema:

.....

Name:

Anschrift:

|